



AUFRUF AN DIE
STAATSREGIERUNG:

SCHLUSSVERKAUF BILDUNG AN DER UNIVERSITÄT PASSAU BEENDEN.

Die Situation an der Universität Passau ist alarmierend. Durch massive finanzielle Engpässe droht nicht nur der Verlust von Lehr- und Betreuungsqualität, sondern auch eine zunehmende soziale Spaltung im Bildungsbereich. Die Verantwortung hierfür liegt nicht bei der Universität selbst, sondern in der seit Jahrzehnten verfolgten Sparpolitik der Bayerischen Staatsregierungen. Während hohe Investitionen in Verwaltung und IT notwendig waren, hat der Freistaat seine Finanzierung nicht an die aktuellen Herausforderungen angepasst.

An der Universität Passau zeigen sich die Konsequenzen dieser Politik jetzt mit aller Härte: Lehrstühle müssen unbesetzt bleiben, Verwaltungsservices werden eingeschränkt und Investitionen in die Digitalisierung werden ausgesetzt. Selbst dringend benötigte offene Verwaltungsstellen sollen unbesetzt bleiben – all das führt zu einer erheblichen Mehrbelastung der verbliebenen Mitarbeitenden und einer massiven Verschlechterung des Studienservices. Schon jetzt ist absehbar, dass die Universität Passau bald rote Zahlen schreiben wird.

Diese Entwicklungen **gefährden die Studierbarkeit** vieler Studiengänge und stellen Passau wie auch andere Hochschulstandorte vor existenzielle Herausforderungen. Die Universität verliert nicht nur an Wettbewerbsfähigkeit, sondern wird auch zu einem **unattraktiven Arbeitgeber**. Leidtragende sind vor allem die Studierenden: Sie sitzen in überfüllten Seminaren, erhalten kaum Betreuung und fühlen sich zunehmend im Stich gelassen.

Doch dieser Missstand ist kein Zufall. Die finanzielle Notlage der Hochschulen ist die direkte Folge einer neoliberalen Logik, die Hochschulen zwingt, wie Unternehmen zu agieren. Das Resultat: soziale Benachteiligung, verschlechterte Lehrbedingungen und

wachsende Bildungsungerechtigkeit. Bildung ist jedoch keine Ware, sondern ein Grundrecht – und der Zugang zu ihr entscheidet darüber, ob gesellschaftliche Ungleichheiten abgebaut oder vertieft werden. Gerade in Zeiten, in denen die liberale Demokratie unter Druck steht, braucht es einen unabhängigen und ausfinanzierten Bildungssektor.

Wir fordern deshalb sofortige Maßnahmen in der Hochschulpolitik. Es braucht eine **Grundzuweisung für die Universität Passau in angemessener Höhe** durch den Bayerischen Landtag. Zum Vergleich: Die Otto-Friedrich-Universität Bamberg – von ähnlicher Größe – erhält sechs Millionen Euro mehr. Die fehlenden Mittel müssen aus dem Bayerischen Staatshaushalt bereitgestellt werden. Es darf **kein Abwälzen der Kosten auf Studierende**, beispielsweise in Form von Studiengebühren, geben.

Es braucht endlich eine Hochschulpolitik, die Studierende und Mitarbeitende nicht als Kostenfaktoren betrachtet, sondern als das, was sie sind: die Zukunft unserer Gesellschaft. Solidarität statt Sparpolitik – für die Hochschulgemeinschaft der Universität Passau!